# GEMEINDE SCHKOPAU Ortsteil Raßnitz

# BEBAUUNGSPLAN NR. 9/21 "Zur Aussicht"

# **TEIL A PLANZEICHNUNG**



# **PLANZEICHENERKLÄRUNG**

1. FESTSETZUNGEN Art der baulichen Nutzung		RECHTSGRUNDLAGE § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
WA	Allgemeines Wohngebiet	§ 4 BauNVO
Maß der bau	lichen Nutzung	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
0,4	Grundflächenzahl	§§ 16, 19 BauNVO
II	Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß	§§ 16, 20 BauNVO
Bauweise, B	augrenzen	§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGE
0	offene Bauweise	§ 22 BauNVC
	Baugrenze	§ 23 BauNVC
Verkehrsfläc	hen	§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGE
	Straßenbegrenzungslinie	§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGE
	Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung	§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
V	gemischte Verkehrsfläche (verkehrsberuhigt)	
F/R	Fuß- / Radweg	
Flächen für \	/ersorgungsanlagen	§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB
Zweckbestimmur	<i>ng:</i> Elektrizität	
	Löschwasserbehälter	
	Loscriwasserberiaitei	
łauptversorgu	ngs- und Hauptwasserleitungen	§ 9 Abs.1 Nr. 13 BauGB
<b>→</b>	unterirdisch	
Grünflächen		§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB
	Grünfläche	
Flächen für N	Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege vicklung von Boden, Natur und Landschaft	§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 BauGE
	Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft	§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
M 1/ M 2	Maßnahmegebote	
Sonstige Plar	nzeichen	
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches	§ 9 Abs. 7 BauGB
	Umgrenzung der Flächen für Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes hier: Siedlungsbeschränkungsgebiet	§ 9 Abs.1 Nr. 24 BauGB
LPB	Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes	§ 9 Abs.1 Nr. 24 BauGB § 9 Abs.1 Nr. 24 BauGB

Teilgebiet Nummer

Art der baulichen Nutzung | Zahl der Vollgeschosse

Grundflächenzahl

# TEIL B TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Es gilt die BauNVO in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBI. I. S. 132), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548)

1.0 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 4 BauNVO)

1.1 Allgemeines Wohngebiet (WA) (§ 4 BauNVO)

1.1.1 In allen WA-Teilgebieten sind \* Anlagen für Verwaltungen \* Gartenbaubetriebe

nicht Bestandteil des Bebauungsplans und damit unzulässig. (§ 1 Abs. 6 BauNVO i. V. m. § 4 Abs. 3 BauNVO)

### 2.0 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 16 BauNVO)

2.1 Es gelten die in der Nutzungsschablone angegebenen Werte als Obergrenze. Das Maß der baulichen Nutzung ist in den Nutzungsschablonen auf der Planzeichnung mit der Grundflächenzahl und der Anzahl der Vollgeschosse als Höchstmaß für die einzelnen Teilgebiete festgesetzt.

### 3.0 Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB in Verbindung mit §§ 22, 23 BauNVO)

3.1 In allen Teilgebieten wird eine offene Bauweise festgesetzt.

3.2 Im Plangebiet sind gemäß § 23 Abs. 4 BauNVO in Verbindung mit § 12 Abs. 6 und § 14 BauNVO Garagen, Carports sowie Nebenanlagen zwischen der Straßenbegrenzungslinie und der vorderen Baugrenze nicht zulässig.

### 4.0 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden. Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

4.1 Artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen

 Schutz der Zauneidechse Innerhalb der Baufläche werden zur Vermeidung einer Schädigung bzw. Tötung von Individuen von allen bau- oder anlagebedingt in Anspruch zu nehmenden Flächen Umsiedlungen auf die Maßnahmeflächen M 1 und M 2 möglichst aller

4.2 Vorgezogene artenschutzrechtliche CEF- bzw. Kompensationsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Stabilisierung von Populationen lokal vorkommender Tierarten

# Ersatzlebensräume Zauneidechse (CEF-Maßnahme)

zu mähen und das Mahdgut abzuräumen.

Innerhalb der in der Planzeichnung als M 1 und M 2 gekennzeichneten Flächen sind vorhandene Flächenbefestigungen zurückzubauen und Zauneidechsenlebensräume herzustellen. Hierzu sind folgende Habitatrequisiten je Teilfläche einzubringen:

3 Eiablageflächen aus Sand in sonnenexponierten Bereichen mit einer

Ausdehnung von jeweils 1 m² und einer Mindesteinbaustärke von 0,3 m, 3 Lesesteinhaufen aus grobschotterigem Material (Mindestkörnung 90/180) in

sonnenexponierten Bereichen mit einem Mindestvolumen von jeweils 1 m³, 3 Totholzhaufen aus ungeregeltem Stammmaterial in sonnenexponierten Bereichen mit einem Mindestvolumen von jeweils 3 m³. Im Rahmen der dauerhaften Sicherung der Habitateignung ist zur Vermeidung einer Verfilzung der Vegetationsschicht im Abstand von 2 Jahren die Fläche

4.3 Innerhalb der in der Planzeichnung als M 1 und M 2 gekennzeichneten Flächen sind ergänzend zum vorhandenen Gehölzbestand jeweils 10 dornentragende Sträucher zu Pflanzqualität: v. Str., Höhe mind. 60-100 cm

4.4 Den im Bebauungsplan Nr. 9/21 festgesetzten Bauflächen, auf denen Eingriffe zulässig werden, sind über die grünordnerischen Maßnahmen im Plangebiet hinaus folgende Flächen und Maßnahmen zum Ausgleich zugeordnet: Gemarkung Lochau, Flur 3, Flurstück 33/18 Anlage eines Laubholz-Mischbestandes aus heimischen Arten mit vorgelagertem Waldrand auf einer Fläche von insgesamt 6.000 m<sup>2</sup>

# 5.0 Schallschutz (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

5.1 Innerhalb der in der Planzeichnung gekennzeichneten Lärmpegelbereiche sollen die Umfassungsbauteile einschließlich der Fenster von Fassaden von Aufenthaltsräumen in Wohnungen, Übernachtungsräumen von Beherbergungsbetrieben, Unterrichtsräumen, Büroräumen und ähnlichem die nachfolgend benannten Luftschalldämm-Maße R'w,res nach DIN 4109 eingehalten werden.

Lärmpegelbereich I: R'w,res von mindestens 30 dB Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume und ähnliches

Lärmpegelbereich II: R'w,res von mindestens 30 dB Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in

Büroräume und ähnliches

Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume und ähnliches R'w,res von mindestens 30 dB

Lärmpegelbereich III: R'w,res von mindestens 35 dB

Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume und ähnliches

> R'w,res von mindestens 30 dB Büroräume und ähnliches

- 5.2 In Schlafräumen (Schlaf- und Kinderzimmer) sollen zur Gewährleistung der Anhaltswerte für Innenpegel nach Tab. 6 der VDI 2719 schallgedämmte Lüftungseinrichtungen ab einem Außenlärmpegel > 50 dB(A) nach Punkt 10.2 VDI 2719 eingebaut werden.
- 5.3 Unter der Voraussetzung, dass der Nachweis erbracht wird, dass die entsprechenden Innenpegel auf andere Weise eingehalten werden, können die Anforderungen des zugeordneten Lärmpegelbereiches unterschritten werden.

Denkmalschutz

Das Vorhaben befindet sich im Bereich eines ausgedehnten archäologischen Kulturdenkmals. Erdeingreifende Maßnahmen bedürfen einer entsprechenden denkmalrechtlichen Genehmigung.

Die bauausführenden Betriebe sind auf die Einhaltung der gesetzlichen Melde- und Sicherungspflicht gemäß Denkmalschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (DSchG LSA) im Falle freigelegter archäologischer oder bauarchäologischer Funde hinzuweisen. Nach § 9 Abs. 3 DSchG LSA sind Befunde mit den Merkmalen eines Kulturdenkmals bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige unverändert zu lassen. Eine wissenschaftliche Untersuchung durch das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt oder von ihm Beauftrage ist zu ermöglichen.

### Kampfmittelverdacht

Das Plangebiet ist größtenteils als Kampfmittelverdachtsfläche (ehemaliges Bombenabwurfgebiet) eingestuft. Deshalb sind mindestens 12 Wochen vor Beginn der erdeingreifenden Maßnahmen die erforderlichen Unterlagen beim Sachgebiet Katastrophenschutz und Rettungswesen des Saalekreises einzureichen, damit das Technische Polizeiamt des Landes Sachsen-Anhalt, Kampfmittelbeseitigungsdienst, die entsprechenden Tätigkeiten im Rahmen der Amtshilfe durchführen kann. Der Nachweis über die Kampfmittelfreie Baufläche ist der Sicherheitsbehörde vorzulegen. Die Überprüfung auf Kampfmittel kann auch durch eine private Kampfmittelräumfirma erfolgen. Die Kosten der privaten Kampfmittelräumfirma hat der jeweilige Antragsteller zu

# 1 Bauzeitliche Regelungen

Zum Schutz der Brutvögel werden, soweit möglich, Gehölzrodungen und Pflegemaßnahmen an Gehölzen sowie Baufeldfreimachungen außerhalb der Brutzeit, d. h. im Zeitraum vom 1. Oktober bis 28. Februar, durchgeführt. Ist eine bauzeitliche Beschränkung nicht vollständig sicherzustellen, sind in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde alle Bau- und Baunebenflächen unmittelbar vor Beginn der Arbeiten auf vorhandene Niststätten europäischer Vogelarten zu prüfen und diese bis zum Ausfliegen der Jungvögel inkl. eines artspezifisch geeigneten Schutzradius' von

# 2 Ökologische Bauüberwachung und ökologische Baubegleitung

den Baumaßnahmen auszunehmen.

Die Umsetzung der Baumaßnahmen erfolgt unter einer ökologischen Bauüberwachung und mit einer ökologischen Baubegleitung. Diese beinhalten insbesondere: Überwachung der Einhaltung bauzeitlicher Regelungen,

Koordinierung der Umsetzung und fachliche Begleitung für alle Vermeidungsund artspezifischen Ersatzmaßnahmen, Kontrolle von Flächen und Strukturen auf Brutstätten europäischer Vogelarten bei

Umsetzung von (Teil-)Baumaßnahmen in der Brutzeit, Kontrolle von zu rodenden Gehölzen auf einen Besatz mit geschützten Tierarten inkl. Ansatz von Schutzmaßnahmen zur Vermeidung von Schädigungen und

Umsiedlung von Vorkommen der Zauneidechse.

# 3 Artenschutzrechtliches Monitoring

Alle wesentlichen Vermeidungs- und vorgezogenen artenschutzrechtlichen CEF- bzw. Kompensationsmaßnahmen werden durch ein Monitoring begleitet. Aufgabe dieses Monitorings ist auch die Definition von gegensteuernden Ansätzen bei erkennbarem Nichterfolg der einzelnen Maßnahmen. Das Monitoring umfasst insbesondere die

Überwachung der Annahme der Ersatzmaßnahmen für Zauneidechsen jeweils bis zum Funktionsnachweis, jedoch mindestens über 2 Jahre

# Satzung und Ausfertigungsvermerk

für das Gebiet der Gemeinde Schkopau über den Bebauungsplan Nr. 9/21 "Zur Aussicht" der Gemeinde Schkopau, Ortsteil Raßnitz,

- im Norden durch die Thomas-Müntzer-Straße (K 2146) (Ortsdurchfahrt)

- im Westen durch die zur Wohnbebauung an der Bergstraße gehörigen Hausgärten - im Südosten durch eine natürliche Geländekante, die nach Osten und Südosten hin als abfallende Böschung eines Grabens

- sowie im Süden durch die Oberthauer Straße (L 170).

Zum Plangebiet gehören die folgenden Flurstücke der Flur 10 der Gemarkung Raßnitz: 23/11, 24/15, 24/16, 24/17, 24/18, 24/19, 24/20, 24/21, 24/22, 24/23, 24/24, 24/25, 24/26 und 24/27.

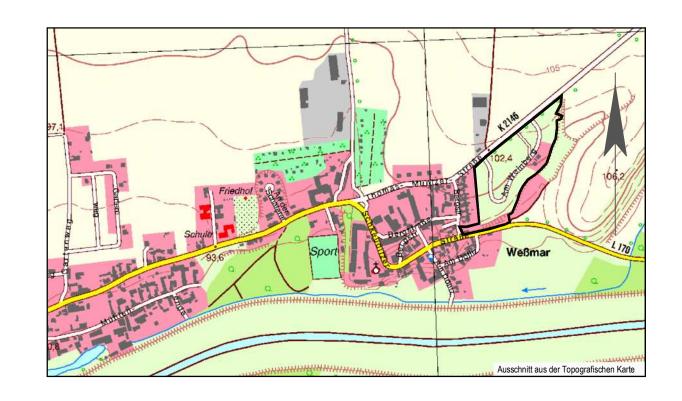
Das Plangebiet umfasst eine Gesamtfläche von ca. 3,2 ha.

Die Begründung zum Bebauungsplan wurde gebilligt.

Aufgrund des § 8 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA S. 288) i.V.m. §§ 2 und 9 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBI. I S. 1722) sowie der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBI. I S 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBI, I S. 1548) hat der Gemeinderat der Gemeinde Schkopau am ...... mit Beschluss Nr. ...... den Bebauungsplan Nr. 9/21 "Zur Aussicht" im Ortsteil Raßnitz der Gemeinde Schkopau als Satzung beschlossen.

Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) in der Fassung

.. werden hiermit ausgefertigt.



# Gemeinde Schkopau **Ortsteil Raßnitz**

Bebauungsplan Nr. 9/21

"Zur Aussicht"

# Satzung

Planungsbüro

StadtLandGrün Stadt- und Landschaftsplanung Am Kirchtor 10 06108 Halle (Saale)

Aktualitätsstand

März 2017 der Planung

Gemarkung

Raßnitz

Amtliche Liegenschaftskarte

Verfielfältigungserlaubnis LVermGeo LSA 2011 / A 18-8022769-2011-8